

# Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

12. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 7. März 1958

Nummer 15

Datum	Inhalt	Gliederungs- nummer GS. NW.	Seite
19. 2. 58	Verordnung zur Bekämpfung von Kartoffelschädlingen . . . . .	7823	53
19. 2. 58	Verordnung über die zuständige Behörde im Sinne des § 8 Abs. 2 und des § 14 Abs. 2 der Pflanzenbeschauverordnung . . . . .	7823	54
12. 2. 58	Verordnung über das Antragsrecht nach dem Gesetz zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung . . . . .	224	54
20. 2. 58	Anzeige des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen. Betrifft: Änderung über die Zulässigkeit der Enteignung zugunsten des Landkreises Köln für den Bau eines Entwässerungskanaals (Stückkanal) für den Landkreis Köln von Hürth über Stotzheim und Gut Horbeil bis zur Einmündungsstelle in den Kölner Randkanal im Norden von Lövenich . . . . .		54

7823

## Verordnung zur Bekämpfung von Kartoffelschädlingen.

Vom 19. Februar 1958.

### Abschnitt I

#### Bekämpfung des Kartoffelnematoden.

##### § 1

Die örtlichen Ordnungsbehörden sind zuständige Behörde im Sinne des § 1 Abs. 2 und der §§ 2 und 3 der Verordnung zur Verhütung des Auftretens und zur Bekämpfung des Kartoffelnematoden vom 20. Juli 1956 (BGBl. I S. 649).

##### § 2

(1) Der Regierungspräsident kann durch ordnungsbehördliche Verordnung bestimmte Gebiete für befallsgefährdet erklären, wenn dies zur Bekämpfung oder zur Verhütung der Ausbreitung des Kartoffelnematoden erforderlich erscheint.

(2) In befallsgefährdeten Gebieten dürfen Kartoffeln oder Tomaten nur im Abstand von mindestens 3 Jahren auf dem gleichen Grundstück angebaut werden und Kartoffelmietenplätze erst im dritten Jahr nach Entfernung der Mieten mit Kartoffeln oder Tomaten bebaut oder wieder für die Anlage von Kartoffelmieten benutzt werden. Weitergehende Verbote und Anordnungen für einzelne befallene Grundstücke und die Befugnis, solche Verbote und Anordnungen zu erlassen, bleiben unberührt.

### Abschnitt II

#### Bekämpfung des Kartoffelkäfers.

##### § 3

(1) Zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers können

- a) die örtlichen Ordnungsbehörden im Einzelfall verfügen, daß ein mit Kartoffeln bestelltes Grundstück von den Nutzungsberechtigten unverzüglich mit einem für die Kartoffelkäferbekämpfung geeigneten chemischen Mittel sachgemäß zu behandeln ist;
- b) die Regierungspräsidenten durch ordnungsbehördliche Verordnung bestimmte Gebiete für befallsgefährdet erklären. In befallsgefährdeten Gebieten sind die Nutzungsberechtigten aller mit Kartoffeln bestellten Grundstücke verpflichtet, unverzüglich die Maßnahmen nach Buchstabe a) zu treffen.

(2) Als geeignete chemische Mittel im Sinne des Absatzes 1 gelten nur solche, die von der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft als für die Kartoffelkäferbekämpfung geeignet anerkannt worden sind.

### Straf- und Schlußvorschriften.

##### § 4

Zu widerhandlungen gegen § 2 Abs. 2 Satz 1 und § 3 Abs. 1 Buchst. b Satz 2 sowie gegen Ordnungsverfügungen, die auf Grund des § 3 Abs. 1 Buchst. a erlassen sind, werden nach § 13 des Gesetzes zum Schutze der Kulturpflanzen in der Fassung vom 26. August 1949 (WiGBl. S. 308) in Verbindung mit § 1 Nr. 2, § 4 und § 16 Abs. 1 des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 vom 9. Juli 1954 (BGBl. I S. 175) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 vom 19. Dezember 1956 (BGBl. I S. 924) geahndet.

##### § 5

(1) Die Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. Die Verordnung zur Bekämpfung der Kartoffelnematoden im Lande Nordrhein-Westfalen vom 10. August 1950 (GS. NW. S. 744).
2. Die Verordnung zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers im Lande Nordrhein-Westfalen vom 2. März 1954 (GS. NW. S. 744).
3. Die Anordnung des Direktors der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe als Landesbeauftragten zur Bekämpfung der Kartoffelnematoden im Landesteil Westfalen-Lippe vom 8. Juni 1953 (GV. NW. 1953 Teil II — Andere Behörden — S. 67).

(2) Die Verordnung wird erlassen

- a) von der Landesregierung nach Anhörung der Landtagsausschüsse für Innere Verwaltung und für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf Grund des § 5 Abs. 1 des Ersten Vereinfachungsgesetzes vom 23. Juli 1957 (GV. NW. S. 189);
- b) von dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf Grund des § 2 Abs. 1 Nr. 7, 8, 9 und 10 des Gesetzes zum Schutze der Kulturpflanzen in der Fassung vom 26. August 1949 (WiGBl. S. 308) in Verbindung mit der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen nach dem Gesetz zum Schutze der Kultur-

pflanzen auf die Obersten Landesbehörden vom 11. April 1950 (BGBl. S. 94) und § 5 der Verordnung zur Verhütung des Auftretens und zur Bekämpfung des Kartoffelnematoden vom 20. Juli 1956 (BGBl. I S. 649).

Düsseldorf, den 19. Februar 1958.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:  
Steinhoff.

Der Minister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Dr. Effertz.

— GV. NW. 1958 S. 53.

GV. 58,  
54 L. o.  
an der  
Kraft  
GV. 58,  
145 L. o.

7823

**Verordnung  
über die zuständige Behörde im Sinne des § 8  
Abs. 2 und des § 14 Abs. 2 der Pflanzenbeschau-  
verordnung.**

Vom 19. Februar 1958.

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Ersten Vereinfachungs-  
gesetzes vom 23. Juli 1957 (GV. NW. S. 189) wird nach  
Anhörung der Landtagsausschüsse für Innere Verwaltung  
und für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ver-  
ordnet:

**§ 1**

(1) Zuständige Behörde im Sinne des § 8 Abs. 2 der  
Pflanzenbeschauverordnung vom 23. August 1957 (BGBl. I  
S. 1258) sind die Direktoren der Landwirtschaftskammern  
Rheinland und Westfalen-Lippe als Landesbeauftragte  
für ihre Dienstbereiche.

(2) Zuständige Behörde im Sinne des § 14 Abs. 2 der  
Pflanzenbeschauverordnung ist für das Gebiet des Landes  
Nordrhein-Westfalen der Direktor der Landwirtschafts-  
kammer Westfalen-Lippe als Landesbeauftragter.

**§ 2**

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung  
in Kraft.

Düsseldorf, den 19. Februar 1958.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:  
Steinhoff.

Der Minister  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:  
Dr. Effertz.

— GV. NW. 1958 S. 54.

224

**Verordnung  
über das Antragsrecht nach dem Gesetz zum Schutz  
deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung.**

Vom 12. Februar 1958.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über Zuständig-  
keiten nach dem Gesetz zum Schutz deutschen Kulturgutes  
gegen Abwanderung vom 19. Februar 1957 (GV.  
NW. S. 61) wird verordnet:

**§ 1**

Zum Antrag auf Eintragung von Kunstwerken und an-  
derem Kulturgut — einschließlich Bibliotheksgut — in  
das „Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes“ ge-  
mäß § 3 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz deutschen Kul-  
turgutes gegen Abwanderung vom 6. August 1955  
(BGBl. I S. 501) und auf Eintragung von Archiven, archi-  
valischen Sammlungen, Nachlässen und Briefsammlungen  
in das „Verzeichnis national wertvoller Archive“ gemäß  
§ 11 Abs. 2 des Gesetzes sind die Eigentümer und die  
Besitzer solcher Gegenstände berechtigt.

**§ 2**

Der Antrag ist an den Kultusminister zu richten und  
muß ein genaues Verzeichnis der Gegenstände enthalten,  
deren Eintragung beantragt wird, sowie Angaben da-  
rüber, wer Eigentümer ist, wo sich die Gegenstände zur  
Zeit der Antragstellung befinden und wo sie sich am  
10. August 1955 (Zeitpunkt des Inkrafttretens des Geset-  
zes) befunden haben.

**§ 3**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkün-  
dung in Kraft.

Düsseldorf, den 12. Februar 1958.

Der Kultusminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen:  
Prof. Dr. Luchtenberg.

— GV. NW. 1958 S. 54.

**Anzeige des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft  
und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen.**

Düsseldorf, den 20. Februar 1958.

Betrifft: Anordnung über die Zulässigkeit der Enteignung  
zugunsten des Landkreises Köln für den Bau eines Ent-  
wässerungskanales (Südkanal) für den Landkreis Köln von  
Hürth über Stotzheim und Gut Horbell bis zur Einmündungs-  
stelle in den Kölner Randkanal im Norden von Lövenich.

Gemäß § 5 des preußischen Gesetzes betreffend die  
Bekanntmachung landesherrlicher Erlasse durch die Amts-  
blätter vom 10. 4. 1872 (Gesetzsamml. S. 357) wird hier-  
durch angezeigt, daß im Amtsblatt für den Regierungs-  
bezirk Köln 1958 S. 2 die

Anordnung über die Zulässigkeit der Enteignung zu-  
gunsten des Landkreises Köln für den Bau eines Ent-  
wässerungskanales (Südkanal) für den Landkreis Köln  
von Hürth über Stotzheim und Gut Horbell bis zur Ein-  
mündungsstelle in den Kölner Randkanal im  
Norden von Lövenich

bekanntgemacht ist.

— GV. NW. 1958 S. 54.

**Einzelpreis dieser Nummer 0,40 DM**

Einzellieferungen nur durch die August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zu-  
zögl. Versandkosten (je Einzelheit 0,15 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 oder auf das Girokonto 35415 bei  
der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf;  
Vertrieb: August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch  
die Post. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 4,50 DM, Ausgabe B 5,40 DM.